

Nachrüstung: „Ohne historische Parallele“

Westdeutschlands Friedensbewegung rüstet zum Widerstandsherbst gegen Pershing 2 und Cruise Missiles, die Zahl der Stationierungs-Kritiker wächst. Mit Blockaden und Massendemonstrationen, mit Verfassungs-

beschwerden und einer Volksbefragung soll die Lieferung von Atomraketen in letzter Minute verhindert werden. Allenthalben greift die Angst um sich, daß land „als nukleares Schlachtfeld verplan-



Raketen-Gegner*: „Die ganze Menschheit stimmt mit uns ein“

In der Wesermarsch ist Bombenstimmung.

Achthundert Meter vor dem Bremer Hauptbahnhof stoppt ein rotes Signal einen Munitionszug der US-Army. Dutzende junger Leute sitzen auf den Gleisen, von weither strömt Volk zusammen, alarmiert vom illegalen Sender „Radio Zebra“.

Im Stadtteil Hemelingen versperren brennende Autoreifen dem Militärtransport den Weg. In Nordenham blockiert ein Nahverkehrszug, durch Notbremsung zum Halten gezwungen, den nachfolgenden amerikanischen Bombenkonvoi.

Im Süden umzingeln derweil Zehntausende von Demonstranten die europäische Kommandozone der US-Army (Eucom) in Stuttgart und die Neu-Ulmer Wiley-Barracks – einen der vier bundesdeutschen Standorte, an denen die neue Atomrakete „Pershing 2“ stationiert werden soll. Beide Blockade-Objekte verbindet eine hundert Kilometer lange Menschenkette.

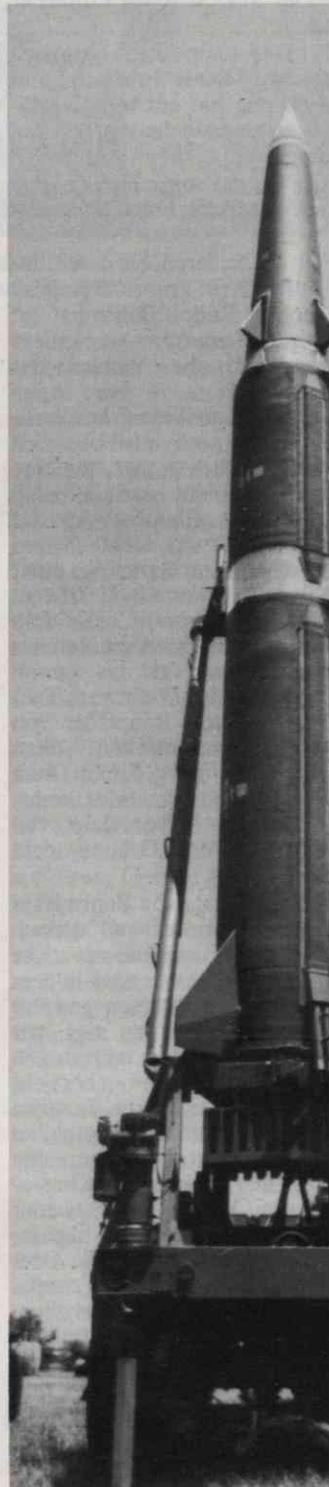
* Beim Evangelischen Kirchentag in Hannover, mit Kirchentagspräsident Erhard Eppler (r.).

Aktionen allerorten: In der Eifel, dem künftigen Quartier der Cruise Missiles, und in Frankfurt wird zum „Fasten für den Frieden“ aufgerufen; Rathäuser und Provinz-Parlamente werden von Protestierern „besucht“; Kasernen und Waffendepots sind die Ziele „antimilitaristischer Spaziergänger“.

So könnte es kommen im Herbst. Sitzstreiks und Sabotageakte, „Latsch-Demos“ und „direkte Konfrontationen“, friedfertige Willensbekundungen und provokative Gesetzesverstöße sind von Nachrüstungsgegnern für den westdeutschen Widerstandsherbst angesagt.

„Mehr als eine Million Menschen“, schätzen Organisatoren der Friedensbewegung, „werden auf den Beinen sein“: Christlich geprägte Pazifisten, Gewerkschafter und Feministinnen, Grüne, Sozialdemokraten und Kommunisten, Umweltschützer, Kernkraftgegner, Hausbesetzer, viele auch, die einfach nur leben wollen, ohne anti-amerikanische oder pro-sowjetische Gebärde.

Neben traditionsreichen Verbänden wie etwa der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“, die sich satzungsgemäß



US-Rakete „Pershing 2“:

UMKEHR
ZUM LEBEN



DIE ZEIT IST DA FÜR EIN NEIN OHNE JEDES JA
ZU MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN

Buchholz

Landkreis Harburg
Atomwaffenfreie Zone

US-ATOMWAFENLAGER
BRD



Keine neuen Atomraketen



Anti-Raketen-Karikaturen, -Aufkleber
„Alltäglicher Widerstand“

mäß um Verständigung unter den Nationen bemühen, oder den Gruppen der Ostermarsch-Veteranen aus den sechziger Jahren, die sich im „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ zusammengeslossen haben, sprächen allerorten frische Friedensinitiativen.

Der sich anbahnende Protest reicht weit in die Parteien hinein. Vor allem die Sozialdemokraten, deren einstiger Kanzler Helmut Schmidt 1979 den sogenannten Nachrüstungsbeschluss mit entworfen hat, scheinen sich nun, in der Opposition, auf die pazifistischen Traditionen ihrer Partei zu besinnen.

SPD-Chef und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt rief letzte Woche dazu auf, einer „Verselbständigung der Zerstörungsmechanismen“ Einhalt zu gebieten. Die Bundestagsfraktion der SPD

hat angekündigt, die Entscheidung über die Raketenaufrüstung ins Parlament zu bringen, wo alle Abgeordneten in namentlicher Abstimmung Farbe bekennen sollen. In den Parteigliederungen mehrten sich Beschlüsse wie der Aufruf, „gewaltfreien Widerstand gegen die nukleare Aufrüstung“ zu leisten (SPD-Unterbezirk Bremen-Ost).

Die Grünen im Bonner Parlament sind übereingekommen, einer Anregung des Bundesverfassungsrichters Helmut Simon zu folgen: Die Alternativen wollen nächste Woche im Bundestag einen Gesetzentwurf für eine „konsultative Volksbefragung“ einbringen, bei der sich „das Volk“ am 25. September „klar und eindeutig mit Ja oder Nein“ zur Stationierungsfrage äußern soll.

Kaum eine gesellschaftliche Großgruppierung, in der derzeit nicht das Grauen davor wächst, daß Deutschland „als nukleares Schlachtfeld verplant“ wird (Flugblatt-Text):

▷ DGB-Chef Ernst Breit schloß letzte Woche zwar einen Generalstreik gegen die Raketenstationierung aus, will aber seine 7,85 Millionen Gewerkschafter zur Teilnahme an gewaltfreien Demonstrationen gegen die Nachrüstung aufrufen;

▷ zwei Drittel der über 130 000 Besucher des Evangelischen Kirchentags demonstrierten vorige Woche in Hannover mit violetten Tüchern „für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen“ (Tuch-Aufschrift);

▷ Richter und Staatsanwälte – ein Berufsstand, der im Dritten Reich unbezogen Unrecht vollstreckte – schlossen sich scharenweise der Protestbewegung an und warfen den Regierungen, einmalig in der deutschen Justizgeschichte, Verfassungsbruch vor;

▷ ein Großteil der naturwissenschaftlichen Forscher-Elite der Nation kommt aus dem Elfenbeinturm und will den „gesammelten Sachverstand in die Raketen-Diskussion einbringen“; zu Tausenden machen auch Ärzte, die zuvor allenfalls mal für standespolitische Interessen auf die Barrikaden gingen, Front gegen die Stationierung neuer Raketen;

▷ mobil macht das breite Spektrum der außerparlamentarischen Roten, Grünen und Bunten aller Schattierungen, von alternativen Aussteigern über pazifistische Radikalverweigerer bis hin zu K-Gruppen-Sektierern;

▷ selbst Kommunalpolitiker – sei es im lauenburgischen Klein-Pampau, sei es im bayrischen Eching – geben der Friedensbewegung Auftrieb, indem sie ihre Kommunen zu „atomwaffenfreien Zonen“ proklamieren.

Kein Zweifel: Kaum ein Thema im Nachkriegsdeutschland hat bei den Bürgern so viele Emotionen geschürt, so viele Ängste geweckt wie die geplante Bestückung der Bundesrepublik mit 108 Pershing 2 und 96 Cruise Missiles, die angeblich nur dem Schutz des Landes dienen – und gleichwohl von großen Teilen der Bevölkerung als lebensbedrohend abgelehnt werden: Nach einer Sinus-Studie sind 61 Prozent der Westdeutschen zumindest für eine Verschiebung der Raketen-Aufrüstung; 49 Prozent glauben, daß durch die neuen US-Waffen das Kriegsrisiko größer wird; nur 24 Prozent meinen, die Raketen machten den Frieden sicherer.

Nie zuvor auch ist die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation so groß gewesen wie im Vorfeld der Stationierung. Denn wenn es Protestlern gelingt, die Sicherheitszäune von US-Militärarealen zu durchbrechen, stehen ihnen – anders als einst bei der Springer-Blockade in Berlin oder bei den Anti-Kernkraft-Demonstrationen in Brokdorf – nicht Polizisten mit Wasserwerfern und Knüppeln gegenüber, sondern US-Soldaten mit dem Befehl, auf jeden Eindringling ohne Warnung das Feuer zu eröffnen.

Weder der Aufbau einer neuen westdeutschen Armee (1952) noch die Diskussion um eine Atombewaffnung der Bundeswehr (1957), weder die Debatte um die Notstandsgesetze (1968) noch der Bau von Kernkraftwerken (seit Mitte der siebziger Jahre) haben einen derart breitgefächerten Widerspruch ausgelöst – eine Protestbewegung, für die es, wie die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner triumphiert, „keine historische Parallele gibt“.

Selbst die Volkszählungsboykott-Aktionen, die im Frühjahr dieses Jahres wie



Atomkrieg?

schon Hunderte in der Bundesrepublik
angeschlossen haben; Graffiti an Häu-
serfassaden ("Kohl liebt dich: Nato"),
Zielgruppenarbeit ("Hausarzt tragen, ob-
er sich an der Aktion, Ärzte gegen den
Atomkrieg" beteiligt), und gegebenenfalls
Arztwechsel"); eigene Radiosender, die
den Friedensanhang auf dem laufenden
halten sollen.

Zur ersten großen Konfrontation zw-
schen Peace und Power könnte es noch
diesen Monat in Krefeld kommen; US-
Vizepräsident George Bush und Kanzler
Kohl wollen am 25. Juni anlässlich einer
Jubiläumstete ("300 Jahre Deutsche in
Amerika") den Namen der Stadt, der
verknüpft ist mit dem von über drei
Millionen Raketenegnern unterzeich-
neten "Krefelder Ap-
pell", zu einem
Symbol ungetrübter
deutsch-amerikan-
scher Gemeinsamkeit
umwidmen.

Rund 20 000 Fre-
denzbewegte ("Kein
Tusch für Bush") wer-
den von den Organisa-
toren einer Gegenver-
anstaltung erwartet,
mit der die "Provoka-
tion des Bush-Ber-
suchs" beantwortet
werden soll. Höhe-
punkt: Die Proteste-
runt umschließen als
"Lebenswall" die In-
nenstadt (siehe Seite
128). In Bottrop, wo
der "Circus Bush &
Kohl" danach gastiert,
sollen die Akteure
nach dem Plan der Jo-
kale durch eine "Schwei-
gegedasse", ein Spalier
friedfertiger Demon-
stranten, einzuziehen.
In Murlangen bei
Schwäbisch Gmünd,
neben Neu-Ulm,
Neckarsulm und Heil-
bronn vierter Per-
shing-Standort der
Amerikaner, wollen sich örtliche Ak-
tionsgruppen und prominente Rüstungs-
gegner verbünden. Anfang September,
zum "Anti-Kriegs-Tag" der Gewerk-
schaften, setzen sich Namhafte wie Hein-
rich Böll und Barbara Rütting, Walter
Jens und Horst-Eberhard Richter ge-
meinsam mit Namenlosen aus der Fre-
denzbewegung auf die Zufahrtswege
zum Militärcamp. "Wir wollen", sagt
Klaus Vack von der Gruppe "Friedens-
manifest", "das Risiko des gewaltfreien
Widerstands nicht den jungen Leuten
allein überlassen."

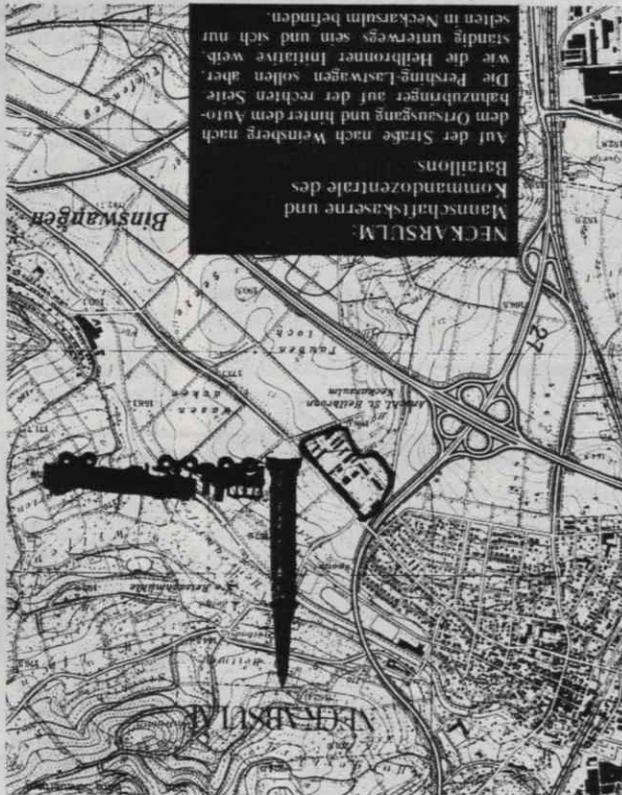
Die Kampagne gipfelt in einer "Ak-
tionswoche" vom 15. bis 22. Oktober.
Der Sonntag, "Widerstandstag der Kir-
chen", wird mit ökumenischen Gottes-
diensten oder auch der "Liturgie der
Indianer" begangen. Am Mittwoch, dem

* Ausschnitt aus dem BBU-"Umweltmagazin"
("Zum Hinfahren, Angucken, Blockieren"), das die
Standorte von Pershing 1 und Pershing 2 verortet-
lichtet.
** Wolfgang Daubler: "Stationierung und Grundge-
setz", tororo aktuell 5018; Rowohlt-Verlag, Rein-
bek; 222 Seiten; 8,80 Mark.

Dennoch, um ein reines Rechtspro-
blem handele es sich nicht. Daubler:
"Ein Durchbruch läßt sich auch dort
nicht allein mit juristischen Argumenten,
sondern nur dann erreichen, wenn eine
mächtige soziale Bewegung existiert, die
sich mit den geplanten Maßnahmen nicht
abfinden will."
Für den "alltäglichen Widerstand" ha-
ben sich Friedensstunde teils Prak-
tisches, teils Phantastisches ausgedacht:
"Rüstungssteuerboykott", dem sich

Blockade-Anregung

"Permanenter und einfallreicher Protest"



NECKARSULM:
Mannschaftszentrale und
Kommandozentrale des
1. Bataillons
Auf der Straße nach Weimersbach
dem Ortsausgang und hinter dem Auto-
bahnübergang auf der rechten Seite
wie die Heilbronner Initiative weiß
ständig unterwegs sein und sich nur
selten in Neckarsulm befinden.

ehemalige Bundesverfassungsrichter
Martin Hirsch auf der Bonner Tagung;
niemand habe in der Fachliteratur wider-
sprochen.
Zum Schutz gegen "die Völkerrechts-
und Verfassungswidrigkeit der Stationie-
rung von Massenvernichtungswaffen"
verweist Daubler auf verschiedene
Rechtsweg. Staatsorgane und Bun-
desländer können das Bundesverfas-
sungsgericht anrufen, zumindest betrof-
fene Bürger dort Verfassungskbeschwer-
de erheben - wie sie beispielsweise der
Hamburger Rechtsprofessor Norman
Paech für die Bürger der Gemeinde
Klein-Pampau vorbereitet und drei Libe-
rale Demokraten in Heidelberg und
Mannheim bereits eingereicht haben.

Ein Flächenbrand auch gutbürgerliche
Breite der Friedenskampagne noch über-
troffen. Nur eines haben die Volkszäh-
lungsgegner den Nachrüstungsverweige-
rung bislang voraus: einen Erfolg beim
Karlsruher Bundesverfassungsgericht,
das den Zensus einstweilen aussetzte.
Die Chance einer Verfassungsbe-
schwerde hatte vorletzte Woche der
BGH-Richter Heinz Recken in einem
Rundfunk-Interview erörtert. Durch die
Nachrüstung sei "unsere Existenz unmit-
telbar bedroht"; dafür gebe es "keinerlei
gesetzliche Legitimation". Mithin sei die
Entscheidung über die Stationierung der
neuen Mittelstreckentraketen nicht allein
Sache der Bonner Regierung, sondern
müsse ausdrücklich von Bundestag und
Bundesrat beschlossen werden.

Am Samstag nach Reckens Vorstoß
versammelten sich in Bonn rund 450
Richter und Staatsanwälte, die meisten
von ihnen in der Gewerkschaft Öffentli-
che Dienste, Transport und Verkehr
(ÖTV) organisiert, zu einem "Forum für
den Frieden" und sangen, entgegen son-
stigem Kommentar, Friedenslieder: "Die
ganze Menschheit stimmt mit uns ein:
Wir wollen frei von Atomwaffen sein."
Massiv appellierten die Juristen an die
Abgeordneten des Bundestages, "irrepa-
rabilen Schaden vom deutschen Volk und
seiner Rechtsordnung abzuwenden".
Kernsätze:
▷ "Die geplante Stationierung ist mit
dem in Artikel 2 Absatz 2 Grundge-
setz verankerten Schutz des Lebens
und der körperlichen Unversehrtheit
unvereinbar."
▷ "Die geplante Stationierung ist un-
vereinbar mit dem in der Präambel
des Grundgesetzes, in Artikel 1 Ab-
satz 2, Artikel 9 Absatz 2 und vor-
 allem Artikel 26 Grundgesetz nieder-
 gelegten Verfassungsgebot der Fre-
 densstaatlichkeit."
▷ "Weiter bedeutet es eine durch
 Artikel 24 Grundgesetz nicht gedeck-
 te, unerträgliche Preisgabe der Sou-
 veränität unseres Staates, daß die
 Entscheidung über den Einsatz der
 auf unserem Boden stationierten
 Massenvernichtungswaffen allein
 dem amerikanischen Präsidenten an-
 vertraut wird."

Das Friedensforum forderte die Anho-
 rung betroffener Bürger wie beim Bau
 von Atomkraftwerken und regte an,
 Vorschläge für eine konsultative Volks-
 betragung zu prüfen. Denn: "Auf dem
 Spiel steht nicht nur unsere Verfassungs-
 und Rechtsordnung, sondern die physi-
 sche Existenz unseres Volkes."
Den Aufbruch unter Juristen hat vor
 allem der Bremer Rechtsprofessor Wolf-
 gang Daubler mit seiner Studie "Statio-
 nierung und Grundgesetz" beflügelt.
Daubler dreht und wendet erschöpfend
alle völker- und verfassungsrechtlichen
Fragen, die Pershing und Cruise Missiles
aufwerfen. Daublers Fazit: Rechtsbruch
auf der ganzen Linie. "Man muß fast
annehmen, daß du recht hast", sagte der

„Widerstandstag der Arbeiter, Betriebe, sozialen Einrichtungen und Landwirte“, sollen Rüstungsfabriken bestreikt und „Manöverschäden in der Landwirtschaft“ diskutiert werden. Wehrkundeerlaß, „Berufsverbote für Friedenshetzer“ und „Schweigen für den Frieden“ stehen am Donnerstag, dem „Widerstandstag der Schulen“, auf dem Programm.

Zum furiosen Finale der bundesweiten Spektakel sollen dann am Samstag alle auf den Beinen sein, die den atomaren Holocaust fürchten: „Jede Menge Blockaden“ von Kernwaffenlagern, Start rampen und Kasernen in allen Winkeln der Republik, Kundgebungen („Volksversammlungen“) in Bonn, Hamburg, Stuttgart und Neu-Ulm sind geplant.

Allein an der „Menschenkette“ quer über die Schwäbische Alb müßten sich, soll sie eindrucksvoll sein, 100 000 Menschen beteiligen. Die Veranstalter sind zuversichtlich: „Was gilt die Wette, wir schaffen die Kette!“ Willi Hoss, Stuttgarter Grünen-MdB, findet, wenn dies nicht gelinge, „dann können wir den Kampf gegen die Nachrüstung gleich an den Nagel hängen“.

Rechnen können die Veranstalter jedenfalls mit vielen Mitstreitern aus der SPD, in der sich selbst führende Genossen mehr und mehr düpiert fühlen von „Ton und Politik der neuen amerikanischen Administration“, die zu einem „Klima zunehmender Konfrontation“ zwischen Ost und West beigetragen hätten (Fraktionsvize Horst Ehmke).

Die potentielle Stationierung – so heißt es in einer von Ehmke verfaßten „Handreichung der SPD-Bundestagsfraktion zur Politik des westlichen Bündnisses, zur Strategie-Debatte und zu den Genfer Verhandlungen“ – sei „unter sehr anderen politischen Bedingungen beschlossen worden“.

Die Sozialdemokraten zeigen sich wie viele andere Bundesbürger irritiert durch einen radikalen Schwenk der amerikanischen Außenpolitik: Die einstigen Verteidigungsstrategien des Pentagon sind weitgehend abgelöst worden durch Überlegungen über einen „gewinnbaren Atomkrieg“, die auch einen sogenannten Präventivschlag einkalkulieren. Als neue Leitlinie formulierte das Pentagon 1982 die „Enthauptung“ („decapitation“) des Gegners mittels vernichtender Hiebe „gegen die politische und militärische Führung und gegen die Kommunikationszentren der Sowjet-Union“.

Beim derzeitigen Stand der Genfer Verhandlungen, schätzt SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr, würde bei einer Abstimmung das ablehnende Votum der Sozialdemokraten zur Nachrüstung „die 90 Prozent wohl übersteigen“ – von den Parteilinken Erhard Eppler und Oskar Lafontaine bis zu alten Atlantikern wie Hans Apel und vielleicht sogar Helmut Schmidt.

Dabei hatte Schmidt noch am Tag seiner Abwahl, am 1. Oktober vorigen



Militär-Blockade (in Großengstingen 1982): Ein Akt von Gewalt?

Jahres, die Stationierung verlangt, wenn die Verhandlungen „trotz größter Anstrengungen unserer amerikanischen Freunde“ erfolglos blieben. An deren ernsthaftem Verhandlungswillen jedoch zeigt neuerdings selbst der Ex-Kanzler „Zweifel“ (siehe Seite 21).

Um nicht in den Ruf zu geraten, die Genfer Verhandlungen zu torpedieren, will die SPD-Führung ihre Entscheidung bis zum Parteitag Anfang November offenhalten. Dann freilich ist laut Stationierungsfahrplan der Zug schon abgefahren – Schmidt im vergangenen Jahr: „Wenn es bis September 1983 kein Verhandlungsergebnis gibt, kommt im Dezember 1983 die Stationierung.“ Willy Brandt hält es denn auch für „besser, man verhandelte noch eine Runde weiter, wenn es sich zeigt, daß es sich lohnt zu verhandeln, als einfach auf den Kalendarer zu gucken“.

Auf jeden Fall soll, so Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, das Parlament zur Stationierung „klipp und klar Stellung“ nehmen. Zwar haben die Abgeordneten schon einmal, im Mai 1981, der „konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung des Beschlusses der Nato vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen“ zugestimmt. Aber, argumentieren die Sozialdemokraten, weil der Verhandlungspart bislang nicht erfüllt sei, entfallen auch die Geschäftsgrundlage für den Raketenbau. „Wir bleiben“, betont Bahr, „den von uns selbst aufgestellten Kriterien treu.“

Helmut Kohl indes will sich weder von parlamentarischem Einspruch noch von außerparlamentarischen Aktionen oder von verfassungsjuristischen Einwänden beeindrucken lassen. Die Regierung werde nicht erlauben, kündigt der Kanzler an, daß „Minderheiten darüber entscheiden, was rechtlich und moralisch ist“.

Soviel Selbstgerechtigkeit wiederum provoziert die außerparlamentarische Opposition. Gegen eine „Entwicklung zur Katastrophe hin“, erklärt etwa Günter Graß, „kann nur noch Widerstand helfen“. Als mögliche Maßnahmen nennt er „die Verweigerung des Befehls, den permanenten und einfallsreichen Protest, den das Völkermordpotential verdammenden Einspruch der Kirchen und schließlich den Generalstreik“.

Der christliche Zweig der Friedensbewegung hat schon Generalappell gehalten. Elf ökumenische Friedensorganisationen, zumeist Dachverbände wie die überwiegend protestantische Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) oder die katholische Initiative Kirche von Unten, hatten ihre weit über 100 Mitgliedsverbände zur „Friedenskampagne“ auf den Evangelischen Kirchentag nach Hannover getrommelt.

Dort steckten die Organisatoren der Kampagne, zumeist Angestellte der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, den Rahmen für den Raketenerbst ab: Appelle zu unterschreiben oder in einer Demonstration mitzuziehen reicht ihnen „zur Zeit nicht mehr aus“ (Pfarrer Wolfgang Raupach), weshalb sie für den Herbst zu „Aktionen des zivilen Ungehorsams“ aufrufen, „absolut gewaltfrei, versteht sich“ (Kampagne-Sprecher Andreas Zumach).

Was die Christen-Gruppen tun können – vom öffentlichen Fasten über Diskussionen mit Polizei und Militär bis zu Sitzstreik und Kirchenbesetzung –, findet sich erstmals in einer Antikriegsfibel für christliche Protestler („Gewaltfreies Handeln in der Bewährung“), herausgegeben von der AGDF. Im Anhang stehen Adressen und Telefonnummern von 102 Anwaltskanzleien – weil die Aktionen „ein beträchtliches Risiko für den einzelnen mit sich bringen und harte

Reaktionen der Gegenseite auslösen können".

Daß Christen-Kampagnen im Konzert bundesdeutscher Nachströmungsgegner eine erhebliche Rolle spielen, belegt die Beteiligung kirchlicher Gruppen an der geplanten Aktionswoche im Oktober: Von den 26 Mitgliedsorganisationen des Bonner Koordinierungsausschusses sind immerhin sechs christlich orientiert.

Allerdings: Daß Protestanten und Katholiken in einer Schlachtreihe mit den Ökopaxen vom Bundesverband Bürger-zialdemokratischen "Falken" und der DKP-nahen Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend marschieren, paßt dem kirchlichen Establisshment noch immer nicht ins Konzept.

Zwar haben sich in Stellungnahmen katholischer wie protestantischer Kirchenführungen die Akzente teilweise erheblich zuzunehmen. Viele Kirchenführer aber sind gegenüber der Friedenskampagne noch immer auf Distanz bedacht. Der Bischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Schaumburg-Lippe, Joachim Heubach, etwa empfand die Friedensaktionen der violetten Front auf dem hannoverschen Kirchentag als "selbstgerechte und unevangelische Gewissensnötigung".

Ebensso harsch lehnen Gewerkschaftsbosse ab, was ihnen Teile ihrer Basis zumuten wollen: "Kundgebungen während der Arbeitszeit, notfalls auch Streiks bis hin zum Generalstreik" (so ein Beschluß des hessischen Landesbezirks der IG Druck und Papier).

Der DGB rief seine Mitglieder zur Teilnahme an den Großdemonstrationen am 22. Oktober auf, schränkte aber ein, daß zwei Bedingungen erfüllt sein müßten: DGB-Sprecher sollen die "gewerkschaftliche Position zu Frieden und Abrüstung" (Breit) vortragen dürfen, "Anwendung von Gewalt in jeder Form" müsse ausgeschlossen sein.

Doch just die Frage, wie sie es mit der Gewaltfreiheit halte, bedroht die Einheit der Friedensbewegung. So wurde bei zwei Regionalkonferenzen der vereinigten Friedensgruppen am vorletzten Wochenende in Ulm und Hannover sichbar, daß, wie ein norddeutscher Delegierter sagte, die Bewegung "in zwei Strömen auseinanderdriftet".

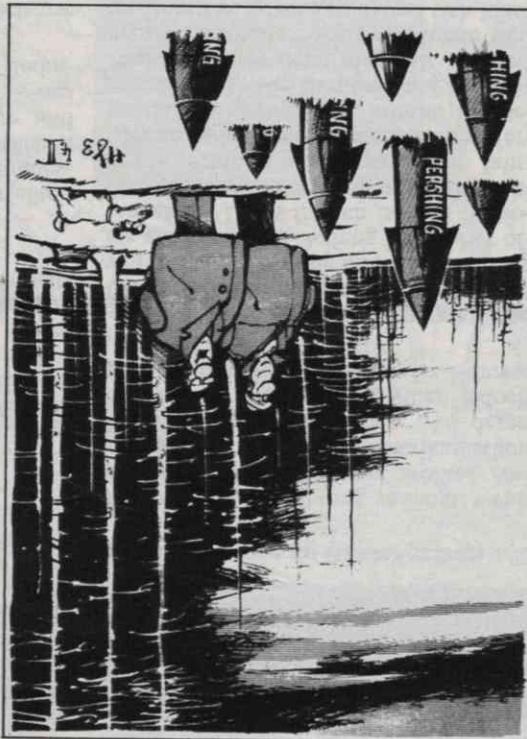
Die einen sind für "Verbretterung des Widerstands" durch medienwirksame Massendemonstrationen nach dem Vorbild der Bonner Großkundgebung im Oktober 1981, als sich 300 000 Menschen versammelten; die Verfechter dieser Strategie halten sich strikt an Recht und Ordnung, rekrutieren sich aus Linksparteien und Gewerkschaften und werben um bürgerliche Fußtruppen bis hin zu den Kriegesopferverbänden.

Die anderen sind für "Verschärfung des Widerstands" durch dezentrale, "direkte Aktionen" vor einer Vielzahl von Militärobjekten; sie verstehen sich als "jener Teil der Friedensbewegung, der unabhängig von traditionellen oder parteipolitischen Organisationsformen autonome Friedensarbeit an der Basis macht", und bekennen sich zu "zivilem Ungehorsam als neuer Qualität des Widerstands".

Zahl von Militärobjekten; sie versenden sich als "jener Teil der Friedensbewegung, der unabhängig von traditionellen oder parteipolitischen Organisationsformen autonome Friedensarbeit an der Basis macht", und bekennen sich zu "zivilem Ungehorsam als neuer Qualität des Widerstands".

Wie schwer die beiden Lager zusammenfinden, zeigte sich in Hannover: Nachdem sich die Autonomen, etwa ein Viertel der tausend Delegierten, gegen das, wie sie es nennen, "DKP/SPD-Spektrum" nicht hatten durchsetzen können, zogen sie aus der Versammlung aus - sie wollen nun, "um aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden", gesondert beratschlagen, ob sie doch noch

menfinden, zeigte sich in Hannover: Nachdem sich die Autonomen, etwa ein Viertel der tausend Delegierten, gegen das, wie sie es nennen, "DKP/SPD-Spektrum" nicht hatten durchsetzen können, zogen sie aus der Versammlung aus - sie wollen nun, "um aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden", gesondert beratschlagen, ob sie doch noch



„Alles halb so schlimm, ein Wald stirbt, ein anderer wächst nach“
iz, München

mit der Mehrheit in Hamburg demonstrieren, ob sie in Bremerhaven "Formenmix" praktizieren "oder was sonst". Bei der Ulmer Parallel-Veranstaltung fanden die konträren Grupplerungen gerade noch den rettenden Kompromiß - eine Verknüpfung beider Widerstandsformen. Gleichwohl hegte ein Friedensfreund Zweifel, "wie viele solcher Konferenzen die Friedensbewegung noch aushält".

Für diejenigen, deren Vorbild etwa Mahatma Gandhi ist, würde, so Wolfgang Sternstein vom BBU, die Ökologie- und Friedensbewegung "unglaublich zerstört", wenn sie "Leben verletzt oder zerstört". Darüber hinaus sei es "unsinnig, mit Steinen und Mollies gegen einen Gegner anzutreten, der über nahezu unbegrenzte Machtmittel" verfüge.

Die Gegner des gewaltfreien Widerstandes hingegen lehnen eine Festlegung der Gegner des gewaltfreien Widerstandes ab. Zimmermann: "Auch darauf muß man sich vorbereiten."

auf Gewaltfreiheit als "ideologisch" ab.

Die Gewalt gehe schließlich von denen aus, die neue Raketen stationieren wollen; Gewalt von seiten der Friedensbewegung sei daher "eine notwendige und legitime Notwehrmaßnahme".

In Trainingscamps machen sich die Anhänger der Gewaltfreiheit derweil für den "Ernstfall" fit. Mit "Aktionsrollenspielen" üben sie, Aggressionen unter Kontrolle zu halten: Einige mimen, mit Papprollen und Motorradhelmen bewehrt, Polizisten; die Demonstranten darstellen lassen sich auf dem Boden nieder und blockieren ein fiktives Tor; eine dritte Gruppe spielt die Rolle von Provokateuren, die den Sitzstreik zur Randalde anzuhetzen versuchen.

Eine Auslegungfrage ist es indes, wie Gewaltfreiheit definiert wird. "Die Sperrung eines amerikanischen Arsenals" etwa ist für Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann "schon ein Akt von Gewalt".

Der Unionschrist sieht das Land bereits vor dem Chaos: "Sollten die illegalen, direkten gewaltfreien Aktionen" und der "zivile Ungehorsam" auch nur annähernd das von ihren Propagandisten gewünschte Ausmaß erlangen", analysiert ein Bericht des Ministeriums für Kampagne gegen die Nato-Nachrüstungs-Aktionsplanung 1983", "so könnte die innere und eventuell auch die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zumindest zeitweise beeinträchtigt werden."

Zudem müsse damit gerechnet werden, daß militante Gruppen größere Konfrontationen für gewalttätige Aktionen nutzen werden. "Für die neuen Fall will sich Zimmermann mit einem verschärften Demonstrationssstrategie wappnen: Nach dem Prinzip "Mitgehängen, mitgefahrgen" kommt, wenn es zu Ausschreitungen kommt, neben Randalierern auch friedliebende Demonstranten einkasstiert werden.

Die Protestierer sollen nach Zimmermanns Konzept freilich keine Chancen haben, bis in unmittelbare Nähe von Camps und Kasernen vorzudringen. Polizei und Bundesgrenzschutz schützen die Standorte weitläufig ab.

Allerdings: Wenn es den Demonstranten doch gelänge, die Absperrungen und Sicherheitszäune zu durchbrechen und in der Innenminister "nicht ausschließen", daß es zu Zusammenstößen zwischen Militärenten und Militär kommen kann.

Zimmermann: "Auch darauf muß man sich vorbereiten."